

1939 bis 2009: Lügen im Dienste des Krieges

Von **Wolfram Wette**

Am 1. September 1939 eröffnete das im Danziger Hafen liegende deutsche Linienschiff „Schleswig-Holstein“ mit seinen schweren Geschützen das Feuer auf die polnische Westerplatte – ohne jede Kriegserklärung. Gleichzeitig ließ Hitler einen Angriff polnischer Soldaten auf den oberschlesischen Sender Gleiwitz vortäuschen. Deutsche Staatsbürger in polnischen Uniformen griffen die Radiostation an, um den NS-Propagandisten Stoff für ihre Ablenkungspropaganda zu liefern.

Hitler verkündete noch am selben Tag in einer Reichstagsrede seine Verteidigungslüge. Sie wurde über den Rundfunk in alle deutschen Haushalte getragen. Die Kernsätze lauteten: „Polen hat nun heute Nacht zum ersten Mal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen. Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen! Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten.“¹

Heute sind es nur noch rechtsradikale Außenseiter, die in Frage stellen, dass Hitler-Deutschland mit dem Angriff auf Polen den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Hitler hatte diesen Krieg von langer Hand geplant, seine Ziele aber vor der deutschen Öffentlichkeit verborgen, indem er zwischen 1933 und 1938 – zur allgemeinen Irreführung – eine geschickte Friedenspropaganda betrieben hatte.

Der deutsche Angriff auf Polen ist das vielleicht bekannteste Beispiel für ein sehr viel älteres Ablenkungsmanöver: Der eigentliche Angreifer macht sich zum Angegriffenen, die Kriegsschuld wird damit dem Kriegsgegner angelastet.

Die Lüge als Sprachstrategie im Dienste der Kriegführung

Gewiss sind Kriege hinsichtlich ihrer Ursachen und Anlässe, ihrer Dauer, Intensität und Auswirkungen stets sehr unterschiedlich. Daher – und aufgrund der früheren Generalisierung (der Krieg als „Schicksal“ oder als „Vater aller Dinge“) – haben wir gelernt, von der Frage nach den Ursachen *des* Krieges im Allgemeinen Abstand zu nehmen. Stattdessen historisieren wir und erforschen die Entstehungsgeschichte und den Verlauf einzelner Kriege.

1 Hitlers Rundfunkrede vom 1.9.1939 in: Max Domarus, Hitler. Reden 1932 bis 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. II, Erster Halbband: 1939-1940, Wiesbaden 1973, S. 1315.

Gleichwohl gibt es bei kriegerischen Auseinandersetzungen einige typische Erscheinungen, die immer wiederkehren. Dazu gehört in erster Linie die Lüge. Zurückhaltender ausgedrückt: das Bestreben der jeweiligen Kriegsherren, bestimmte Sprachstrategien zum Einsatz zu bringen, um ihre Handlungen und Ziele zu verschleiern.

Alle Aggressoren verfolgten in der Vergangenheit das Ziel, die eigene Verantwortung für die Entfesselung kriegerischer Gewalt zu verschleiern. Sie wussten, dass das eigene Lager sich nur durch Verteidigungslügen für den Krieg mobilisieren ließ. Durch Kriegspropaganda wurden die jeweiligen Rechtfertigungsbehauptungen unter das Volk gebracht. Diese Propaganda hatte mehrere Adressaten: Erstens war sie an den Feind gerichtet, den man ins Unrecht zu setzen versuchte, indem man ihm die Schuld aufbürdete. Zweitens richtete sie sich an die Soldaten und die Zivilbevölkerung des eigenen Landes – eventuell auch der verbündeten Nationen –, die man mit einer Verteidigungslüge kriegsbereit zu machen versuchte. Den Menschen des eigenen Lagers wurde erklärt, dass die Führung nicht anders konnte, als sich gegen eine fremde Aggression zu wehren. Kaum je hat ein Kriegsherr eigene Aggressionsabsichten eingeräumt. Das liegt in der Tatsache begründet, dass die meisten Menschen bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert nur den Verteidigungskrieg für legitim halten. Die folgenden historischen Beispiele für Verteidigungslügen aus mehreren Jahrhunderten sind nur die bekannteren, sie ließen sich beliebig vermehren.

1740 – 1870 – 1914 – 1941

Friedrich II., König von Preußen, von seinen Bewunderern auch als „der Große“ bezeichnet, gab im Jahre 1740 seiner Armee den Befehl zum Angriff auf Schlesien, das er dem preußischen Staat einverleiben wollte, bevor der Rivale Österreich zum Zuge kam. Das war der Beginn des sogenannten Ersten Schlesischen Krieges (1740-1742). Während die Angriffshandlungen bereits im Gange waren, schrieb Friedrich seinem Minister Heinrich Graf von Podewils: „Ich habe den Rubikon überschritten, mit wehenden Fahnen und klingendem Spiel.“ Nun war es Sache des Ministers, sich im Nachhinein eine *justa causa* auszudenken, also einen „gerechten Grund“, ein Rechtfertigungsmotiv. Im Hinblick auf die internationale Öffentlichkeit konstruierte er einen erbschaftsrechtlichen Anspruch, der mit der herrschenden Lehre vom gerechten Krieg nicht zu kollidieren schien. So wurde versucht, die aggressive und rechtswidrige Politik des preußischen Königs zu kaschieren.²

Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck manipulierte im Jahre 1870 die „Emser Depesche“ in der Weise, dass der französische Kaiser Napoleon III. dadurch in die Rolle des Aggressors gedrängt wurde und Deutschland den Krieg erklärte. In den Augen der deutschen Öffentlichkeit ergab sich dadurch die Lage, dass Bismarck die angegriffenen Deutschen verteidigte.

2 Theodor Schieder, Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche, Berlin 1983, S. 144f.

Verborgen blieb, dass er selbst es gewesen war, der auf den deutsch-französischen Krieg hingearbeitet hatte, weil er ihn als ein geeignetes Mittel zur Herstellung des preußisch-deutschen Nationalstaats ansah.

Theobald von Bethmann Hollweg, Reichskanzler unter Kaiser Wilhelm II., verbreitete in der Julikrise von 1914 durch geschickte Regie den Eindruck, Deutschland bleibe nichts anderes übrig, als auf die russische Generalmobilmachung zu reagieren und sich zu verteidigen. Mit dieser Manipulation drängte er die zögernde Sozialdemokratie, die noch kurz zuvor Friedensdemonstrationen organisiert hatte, dazu, eine Verteidigungssituation anzunehmen, in der sie sich nicht verweigern konnte. Die SPD-Reichstagsfraktion bewilligte daraufhin die ersten Kriegskredite. Im Interesse der Landesverteidigung schloss sie einen sogenannten Burgfrieden mit dem Kaiser und seiner Regierung. Der Chef des Marinekabinetts, Admiral Georg von Müller, freute sich über den gelungenen Coup: „Stimmung glänzend. Die Regierung hat eine glückliche Hand gehabt, uns als die Angegriffenen hinzustellen.“³

Diese Verteidigungslüge wirkte sich über Jahrzehnte hinweg in fataler Weise aus. Während des Ersten Weltkrieges wurde sie dazu instrumentalisiert, Millionen von Menschen an der Front und in der Heimat für den Krieg zu mobilisieren. Diejenigen sozialdemokratischen Politiker, die in den folgenden Jahren zu der Überzeugung gelangten, in der Kriegsschuldfrage getäuscht worden zu sein, wurden aus der SPD ausgeschlossen und gründeten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).⁴ 1919 hätte jener Artikel des Versailler Vertrages, der Deutschland die maßgebliche Kriegsschuld zuwies, der sogenannte Kriegsschuldartikel, beinahe die Annahme des Vertragswerkes verhindert. Der nationalistische „Kampf gegen Versailles“ in der Zwischenkriegszeit richtete sich maßgeblich gegen diesen Paragraphen des Versailler Vertrages.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es der Hamburger Historiker Fritz Fischer, der mit seinen Forschungen erstmals den großen Anteil Deutschlands am Kriegsbeginn 1914 herausarbeitete und sich damit großen Anfeindungen seitens deutschnational eingestellter Kollegen aussetzte. Die sogenannte Fischer-Kontroverse wurde zum ersten großen Historikerstreit in der Geschichte der Bundesrepublik.⁵

Am 22. Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht in einer Stärke von drei Millionen Mann die Sowjetunion, die sich aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 in Sicherheit wiegte. Hitler und sein Propagandaminister Joseph Goebbels präsentierten an diesem Tage wiederum eine Verteidigungslegende. Die Sowjetunion, so behaupteten sie, habe eine aggressive Politik

3 Notiz Admiral v. Müllers vom 1.8.1914, zit. nach Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. u. a. 1973, S. 672.

4 Vgl. Lothar Wieland, Die Verteidigungslüge. Pazifisten in der deutschen Sozialdemokratie 1914-1918, Bremen 1998.

5 Konrad H. Jarausch, Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, in: Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003; Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984; vgl. auch Manfred Asendorf, Griff nach Fritz Fischer, in „Blätter“, 8/2004, S. 933-946.

betrieben. Sie habe ihre Armeen an ihrer Westgrenze aufmarschieren lassen, habe damit die Abmachungen des Freundschaftsvertrages mit Deutschland gebrochen und „in erbärmlicher Weise verraten“. „Heute“, behauptete Hitler, „stehen rund 150 russische Divisionen an unserer Grenze. [...] Damit aber ist nunmehr die Stunde gekommen, in der es notwendig wird, diesem Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanzünder und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten.“ Nun sei das Schicksal Europas, des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes in die Hand der deutschen Soldaten gelegt.⁶

Goebbels sekundierte, der Führer habe „im richtigen Zeitpunkt zugeschlagen“. Damit war die Präventivkriegslegende geboren. Auf den Punkt gebracht, lautet sie: Hitlers Wehrmacht habe die Sowjetunion zwar angegriffen, aber sie sei mit ihrem Überfall der ebenfalls angriffsbereiten Roten Armee lediglich zuvorgekommen. Glaubte man der NS-Propaganda, so hatte Deutschland wieder einmal nur „zurückgeschossen“. Bis zum heutigen Tage geistert diese Legende durch die Köpfe einiger Ewiggestriger, die trotz eindeutiger Quellenlage nicht wahrhaben wollen, dass es sich bei dem Überfall vom 22. Juni 1941 um den klassischen Fall eines deutschen Angriffskrieges handelte.⁷

Verfassungsrechtliche und sicherheitspolitische Folgerungen

In Deutschland haben die beiden Weltkriege und die mit ihnen verknüpften Verteidigungslügen tiefe Spuren hinterlassen. „Nie wieder!“ dürfe so etwas geschehen – so lautete die Reaktion sowohl von Politikern als auch von einfachen Bürgerinnen und Bürgern. So dachten auch die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die 1948/49 das Grundgesetz ausarbeiteten. Nicht anders die Verfassungsgeber der Bundesländer.⁸ Sie versuchten, auf die historischen Erfahrungen verfassungsrechtlich zu reagieren, indem sie klare Schranken errichteten. Im Artikel 26 des GG formulierten sie: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.“ Was viel zu wenig bekannt ist: Im deutschen Strafgesetzbuch, in den Paragraphen 80 und 80a, wird die „Vorbereitung eines Angriffskrieges“ und die „Aufstachelung zu einem Angriffskrieg“ ausdrücklich als „Friedensverrat“ (sic!) bezeichnet. Beide Gefährdungsdelikte

6 Wolfram Wette, Verteidigungslügen. Über die Mär vom deutschen Präventivkrieg gegen Russland, in: ders., Militarismus und Pazifismus. Eine Auseinandersetzung mit den deutschen Kriegen, Bremen 1991, S. 200.

7 Jüngstes Beispiel hierfür ist Bogdan Musial, Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen, Berlin 2009; zur Zurückweisung der Präventivkriegsthese vgl. Bianka Pietrow-Ennker (Hg.), Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt a. M. 2000; Wolfram Wette, Die NS-Propagandathese vom angeblichen Präventivkriegscharakter des Überfalls, in: Gerd R. Ueberschär und Lew Besymenski (Hg.), Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese, Darmstadt 1998, S. 38-47.

8 Vgl. Hans-Ernst Böttcher, Friedensordnungen – Landesverfassungen nach 1945 und Grundgesetz als Reaktion auf Terror, Krieg und Zerstörung, in: Heidi Beutin u.a. (Hg.), Dann gibt es nur eins! Von der Notwendigkeit, den Frieden zu gestalten. Beiträge der Konferenz anlässlich des 60. Todestages von Wolfgang Borchert, Frankfurt a. M. 2008.

sind nach deutschem Recht schwere Verbrechen und werden mit einer Mindeststrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslanger Freiheitsstrafe geahndet.

Wie aber konnte diese Norm praktisch verwirklicht werden? Gibt es Kriterien für die zweifelsfreie Unterscheidung, welche Handlungen in welcher Absicht vorgenommen werden? Wie lässt sich die Behauptung, nichts anderes als die Landesverteidigung zu wollen, durch praktische Maßnahmen glaubhaft machen? Als eine mögliche Antwort auf diese Fragen wurde in der Spätzeit des Kalten Krieges in Deutschland das Konzept der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ entwickelt. Es sollte politisch wirken: Ängste abbauen und Vertrauen herstellen. In dem weithin befriedeten Europa von heute, das den Kalten Krieg überwunden hat, ist dieses Konzept überholt. Denn die deutsche Politik ist seit 1990 neue Wege gegangen, auf die ich am Ende dieses Beitrages zu sprechen kommen werde.

Jude gleich Partisan – Das Massaker von Babij Jar am 29. und 30. September 1941

Im Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht kamen besondere Sprachstrategien zur Anwendung. Exemplarisch dafür steht das Massaker von Babij Jar bei Kiew am 29. und 30. September 1941.⁹ An diesen zwei Tagen ermordeten die deutschen Eroberer 33 771 Kiewer Juden. Es handelte sich um die größte einzelne Mordaktion, die von Deutschen während ihres Eroberungs- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion verübt wurde. Wie das Wort Auschwitz symbolisch für den fabrikmäßigen Massenmord an den Juden durch Gaseinsatz steht – und im weiteren Sinne für die Ermordung der europäischen Juden überhaupt –, so ist Babij Jar ein Synonym für die Massenerschießungen durch mobile SS-Truppen in den ersten beiden Jahren des Krieges gegen die Sowjetunion, als die Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes der SS ihre Opfer noch mit Feuerwaffen umbrachten.

Wehrmacht und SS tarnten alle Mordtaten dieser Art mit dem Begriff „Aktion“. Zur Vorbereitung der Massenerschießungen führten sie die Opfer in die Irre. Ihnen wurde angekündigt, es gehe um eine „Evakuierung“ und um eine „Umsiedlungsmaßnahme“. Gemeinsame Sprachregelungen findet man in der allgemeinen Befehlsgebung, in den Anweisungen zu den Erschießungen, in den Befehlen zu der sich anschließenden Beseitigung der Leichen und in sämtlichen Maßnahmen zur Geheimhaltung der Massenmorde. Diesbezüglich reiht sich das Massaker von Babij Jar also ein in eine lange Kette ähnlicher, rassistisch motivierter Mordtaten, die nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 im Baltikum, in Weißrussland und in der Ukraine verübt wurden. Das militärische Feindbild, das in Befehlsform an die Soldaten des Ostheeres weitergegeben wurde, arbeitete mit den folgenden Begriffen: Zu bekämpfen seien neben den Soldaten auch „feindliche Zivilpersonen“ und

9 Wolfram Wette, Tötung der Opfer und der Erinnerung. Das Massaker von Babij Jar am 29./30. September 1941, in: Peter Gleichmann und Thomas Kühne (Hg.), Massenhaftes Töten. Krieg und Genozide im 20. Jahrhundert, Essen 2004, S. 339-360.

„tatverdächtige Elemente“. ¹⁰ Darunter seien zu verstehen „bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden“ sowie Träger des „aktiven oder passiven Widerstandes“. ¹¹

Sowohl in den Befehlen der SS als auch der Wehrmacht wurde ein aktueller Anlass als Begründung für den Zugriff auf die jüdische Bevölkerung vorgeschoben. Es gehe um „Vergeltung“ für Partisanenangriffe in Kiew, nämlich Sprengungen von Gebäuden, in denen sich Wehrmachtstäbe einquartiert hatten.

Die Sprachstrategien, die von der SS-Führung und der Wehrmachtgenera- lität in Kiew benutzt wurden, dienten auch der Beseitigung von Skrupeln und dem Abbau von Tötungshemmungen. ¹² Als ein exemplarischer Beleg hier- für kann der Befehl des Oberbefehlshabers der 6. Armee, Generalfeldmar- schall Walter von Reichenau, vom 10. Oktober 1941 gelten. Nur wenige Tage nach dem Verbrechen in Kiew, das bei einigen Soldaten wohl zu Missfallens- äußerungen geführt hatte, ließ dieser General die Zweifler Folgendes wissen: „Hinsichtlich des Verhaltens der Truppe gegenüber dem bolschewistischen System bestehen vielfach noch unklare Vorstellungen“, um dann zu erläu- tern: „Der Soldat ist im Ostkrieg nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und der Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden. Deshalb muss der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben. Sie hat den weiteren Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäß stets von Juden angezettelt wurden, im Keim zu ersti- cken [...]“. ¹³

Hier wird eine weitere Sprachstrategie deutlich, die im Ostkrieg immer wie- der Verwendung fand: Die rassenideologisch motivierten und systematisch geplanten Judenmorde wurden nämlich in militärische Notwendigkeiten umgelogen und den Soldaten in traditionellem militärischem Vokabular nahe gebracht. Sie sollten glauben, dass sie – obwohl sie von den Judenmorden wussten – an einem „normalen“ militärischen Krieg teilnahmen. Die vielleicht folgenschwerste Sprachregelung bestand in der Gleichsetzung von Partisan und Jude. Auf diese Weise konnten sich die Wehrmachtssoldaten der Illusion hingeben, die Erschießung von Juden sei ein Teil der Partisanenbekämpfung.

Soldatenbriefe: Das Beschweigen des Tötens und der Todesangst

Bislang war primär von Sprachstrategien die Rede, die seitens der Kriegsher- ren – Politiker und Militärs – eingesetzt wurden, gleichsam als Propaganda- waffe im Krieg. Sie produzierten Verteidigungslügen und führten ihre Opfer

10 Kriegsgerichtsbarkeitserslass des OKW vom 13.5.1941, Abschn. I, in: Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette (Hg.), *Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941*, Frankfurt a. M. 1991, S. 252.

11 Richtlinien des OKW für das Verhalten der Truppe in Russland vom 19.5.1941, in: Ueberschär und Wette, *Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion*, a.a.O., S. 258.

12 Vgl. Harald Welzer, *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden*, Frankfurt a. M. 2005.

13 Armeebefehl des Oberbefehlshabers der 6. Armee, Generalfeldmarschall v. Reichenau vom 10.10.1941, dok. in: Ueberschär und Wette, *Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion*, a.a.O., S. 285f.

mit einem speziell geschaffenen, meist verharmlosenden Vokabular in die Irre. Den Interessen der Kriegführung verpflichtet war auch die – schon im Ersten Weltkrieg wirksame – Zensur. So durfte in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 beispielsweise kein einziges Foto eines getöteten deutschen Soldaten in der deutschen Presse veröffentlicht werden. Das wurde in ähnlicher Weise auch im Zweiten Weltkrieg so praktiziert, übrigens auch von anderen Nationen. Die entsprechenden Zensurmaßnahmen entsprangen der Überzeugung der militärischen Führung, dass die Wahrheit der eigenen Sache schaden konnte. Eine offene Berichterstattung über das massenhafte Sterben und Töten an der Front hätte die Moral in der Heimat untergraben. Also durfte die Wirklichkeit nicht zugelassen werden.

Unverkennbar stellen diese Formen des Einsatzes der Sprache und des Bildes Manipulationsstrategien dar. Gleiches gilt für die militärtypische Informationsverknappung sowie die Unterbindung bestimmter Diskurse. Beschäftigt man sich näher mit dieser Materie, stellt sich die Frage, wie die einfachen Soldaten auf diese Repressionen reagiert haben, das heißt wie sie selbst sprachlich mit ihren Kriegserlebnissen umgingen. Dabei kann man eine sehr interessante Entdeckung machen. In den Feldpostbriefen von Millionen einfacher Soldaten – wie auch in ihrer späteren Erinnerung an die Kriegserlebnisse – werden unendlich viele belanglose Details erzählt. Vor der Wirklichkeit des Krieges, also dem massenhaften Töten und der ständigen Angst, auch selbst getötet zu werden, versagte jedoch fast allen die Sprache.

Die Historiker Hans Joachim Schröder, Klaus Latzel und andere haben diesen Befund in aufwändigen empirischen Studien nachgewiesen.¹⁴ Ein wichtiges Ergebnis der Forschungen von Latzel lautet: Das Schweigekomplotz über Nationalsozialismus, Krieg und Holocaust, das nach dem Kriege seine Wirksamkeit entfaltete, hat seine Ursprünge bereits in der Kriegszeit selbst. Die radikalisierte Kriegführung unter Einschluss von Massenverbrechen machte die Soldaten „stumm gegenüber ihren Erlebnissen und ihren Angehörigen“. Aus den Briefen sprechen „Distanz, Kälte und Schweigsamkeit“. Diese Charakteristika der Soldatenbriefe des Zweiten Weltkrieges „weisen voraus auf die Sprachlosigkeit, mit der die Kriegsgeneration nach dem Kriege in hohem Maße geschlagen war. [...] In die individuelle Erinnerung eingekapselt, blieben viele der tiefgreifendsten Kriegserlebnisse der Kommunikation und damit dem gesellschaftlichen Gedächtnis lange entzogen“.¹⁵

Das Gesagte gilt übrigens auch für die Kriegsbriefe des Soldaten Heinrich Böll, die 2001 in einer Edition der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.¹⁶ Über Kampfgeschehen, die blutige Wirklichkeit des Krieges, entfährt man dort bestenfalls Andeutungen. Unabhängig davon hat sich jedoch gezeigt, dass die literarische Form der Auseinandersetzung mit dem Krieg noch am ehesten dem Kriterium einer realistischen Darstellung gerecht werden kann, die das Töten und Sterben nicht ausklammert. Das berühmteste

14 Hans-Joachim Schröder, Die gestohlenen Jahre. Erzählgeschichten und Geschichtserzählung im Interview: Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht ehemaliger Mannschaftssoldaten, Tübingen 1992.

15 Klaus Latzel, Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939-1945, Paderborn 1998, S. 375.

16 Heinrich Böll, Briefe aus dem Krieg 1939-1949, 2 Bde., Köln 2001.

Beispiel dafür ist wohl bis heute Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ aus dem Jahre 1929. Nicht von ungefähr haben die deutschen Nationalisten unterschiedlicher Schattierung die Verfilmung dieses Romans auf das Heftigste bekämpft.

Unzensiertes Grauen: Der Vietnamkrieg von 1964 bis 1975

Auch der Vietnamkrieg, genauer gesagt: die amerikanische Phase der Kampfhandlungen (die ja bereits seit 1946 in Gang waren), begann mit einer Lüge. Die amerikanische Administration unter dem demokratischen Präsidenten Lyndon B. Johnson suchte und fand einen Vorwand, um in den Krieg gegen Nordvietnam einzutreten. Es handelte sich um den sogenannten Tonkin-Zwischenfall vom 2. und 4. August 1964. Angeblich hatten nordvietnamesische Kriegsschiffe im Golf von Tonkin (vor Nordvietnam) zwei US-Zerstörer beschossen. Danach ordnete Präsident Johnson sogenannte Vergeltungsbombardements gegen Ziele in Nordvietnam an. Hernach ließ er sich vom amerikanischen Kongress eine Generalvollmacht zur Ausweitung des Krieges geben. Dieser sollte bis 1975 dauern und mit einem Sieg der nordvietnamesischen Kriegspartei enden.¹⁷ Die amerikanischen Soldaten mussten gedemütigt und fluchtartig das Land verlassen.

Im Hinblick auf die Sprachstrategien zur Verschleierung von Gewalt nimmt der Vietnamkrieg eine Sonderstellung ein. Denn er war der einzige Krieg, über den die Kriegsberichterstatter offen und unzensiert schreiben durften. Das führt natürlich unmittelbar zu der Frage: Weshalb ließ die amerikanische Militärführung, die in früheren Kriegen immer eine strikte Zensur ausgeübt hatte, die Medienleute in Vietnam ungehindert arbeiten? Der Grund war juristischer Natur. Die „Tonkin-Resolution“ des US-Senats von 1965 ermächtigte den Präsidenten zu Vergeltungsschlägen gegen Nordvietnam. Aber sie enthielt keine förmliche Feststellung des Kriegszustandes. Das bedeutete, dass die amerikanischen Kriegsgesetze nicht in Kraft traten. Auch die Zensur konnte deshalb nicht eingeführt werden.

In den ersten Jahren des Krieges wurden regelmäßig getötete Vietcongs gezeigt. So wurde das massenhafte Töten von Kriegsgegnern in Vietnam auf drastische Weise zur Anschauung gebracht. Die Kriegsreporter zeigten auch die immensen Opfer auf Seiten der vietnamesischen Zivilbevölkerung. Das von Napalm getroffene Mädchen, das auf einer umkämpften Landstraße einem Fotografen entgegenläuft, wurde dadurch zu *dem* Symbolbild des Krieges in Vietnam.¹⁸ Ab 1968 schilderten die Kriegsberichterstatter auch die Wirkungslosigkeit der amerikanischen Militäroperationen. Jetzt wurden auch die

17 Stichwort „Vietnamkrieg“ in: Meyers Großes Universalexikon, Bd. 15, Mannheim u.a. 1986, S. 125-127; Bernd Greiner: Aus gegebenem Anlass. Ein Krieg, der mit einer Lüge begann und im Desaster enden musste, in: „Mittelweg 36“, 5/2007, S. 4-16; ders., Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam, Hamburg 2007; ders., „My Lai“ oder Die Stunde des Außenseiters. Warum Historiker in der Schuld von Seymour M. Hersh stehen, in: „Blätter“, 3/2008, S. 63-72.

18 Winfried Scharlau, Wie realistisch schildern Medien den Krieg, die Täter und die Opfer? In: Gleichmann und Kühne, Massenhaftes Töten, a.a.O., S. 383-393, hier S. 390.

Verluste der amerikanischen Streitkräfte in beeindruckenden Filmszenen und Fotos dokumentiert. Die Wirklichkeit des Krieges wurde erkennbar. Winfried Scharlau, der damals für die ARD aus Vietnam berichtete, schreibt: „Wenn je die Sprache der Kommunikués, die verharmlosenden Formulierungen wie ‚leichte Gefechte‘ oder ‚leichte Verluste der eigenen Truppen‘ mit Leben und Tod erfüllt worden sind, dann im Vietnamkrieg.“¹⁹ Gerade die besten der amerikanischen Kriegsreporter blieben sich allerdings der Unzulänglichkeit ihrer sprachlichen und visuellen Mittel bewusst. „Denn die wirkliche Dramatik, die Furcht, das Grauen, das grenzenlose Chaos von Blut, Tod und Verstümmelung, sind nur ansatzweise zu dokumentieren.“ Gleichwohl hatte ihre Berichterstattung enorme Folgen: Die wahrhaftige, unzensierte, realitätsnahe Schilderung des Krieges zerstörte die Moral der amerikanischen Heimatfront. Ein Großteil der Bevölkerung der USA entzog der Krieg führenden Regierung schließlich ihre Unterstützung. So wurde dieser Krieg – bildlich gesprochen – in erster Linie in den amerikanischen Fernsehzimmern verloren.

Hier zeigte sich: „Mit einer freien und unzensierten Presse ist kein Krieg von einiger Dauer zu gewinnen.“ Könnte hier nicht eine demokratische Gegenstrategie ansetzen? Gewiss, aber auch die andere Seite hat seither dazu gelernt. Seit den Erfahrungen des Vietnamkrieges gaben die Militärs das Informationsmonopol nie mehr aus der Hand. Seitdem bestimmen sie wieder allein, was die Medien berichten und was die Bevölkerung erfahren darf. Sie wissen genau: Was wir tun, kann sich nicht sehen lassen! Berichte über das Töten und die Todesangst müssen von den Menschen ferngehalten werden, wenn die Moral nicht zusammenbrechen soll. Diese Maxime eines gelenkten „*embedded journalism*“ kam insbesondere in den verschiedenen Golfkriegen der letzten 20 Jahre zur Anwendung.

Saddam gleich Hitler: Feindbilder in den US-amerikanischen Golfkriegen

Im Vorfeld des Zweiten Golfkrieges, insbesondere im Jahre 1990, zeigte sich exemplarisch noch eine weitere Sprachstrategie, die von der US-Administration unter Präsident George Bush sen. verfolgt wurde: die Dämonisierung des Gegners.²⁰ Der irakische Diktator Saddam Hussein wurde als „Hitler des Orients“ bezeichnet. Noch im Ersten Golfkrieg (dem iranisch-irakischen Krieg von 1980 bis 1988) hatten die westlichen Länder eine Stigmatisierung des irakischen Diktators tunlichst vermieden, weil er von den Westmächten insgeheim unterstützt wurde. Unter den veränderten Bedingungen des Jahres 1990 – die irakische Armee war in Kuwait einmarschiert – benötigte die US-Administration ein neues, mobilisierendes Feindbild. Sie fand es in dem Saddam-Hitler-Vergleich, der von der Propaganda alsbald im Sinne einer Gleichsetzung der beiden Diktatoren gehandhabt wurde. Präsident Bush sen. sagte in einer Rede vom 8. November 1990, die irakischen Truppen hätten sich in Kuwait „unge-

¹⁹ Ebd., S. 391 f., auch zum Folgenden.

²⁰ Wolfram Wette, Ein Hitler des Orients? NS-Vergleiche in der Kriegspropaganda von Demokratien, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 4/2003, S. 231-242.

heuerliche Akte der Barbarei“ zuschulden kommen lassen, „die nicht einmal Adolf Hitler begangen hat“. ²¹ Mit dieser Rede verschaffte der amerikanische Präsident dem Saddam-Hitler-Vergleich eine weltweite Resonanz.

Offenbar war Präsident Bush Gräueltgeschichten auf den Leim gegangen – oder hatte sie wissentlich instrumentalisiert. Unter anderen kursierte damals die Geschichte eines Mädchens aus Kuwait. Es berichtete von Babys, die von irakischen Soldaten aus Brutkästen herausgeholt und auf diese Weise umgebracht worden seien. Später sollte sich herausstellen, dass es sich bei dem Mädchen um die Tochter des kuwaitischen Botschafters handelte und dass die Geschichte frei erfunden war. Auch in Deutschland führte der Saddam-Hitler-Vergleich, der auf eine Gleichsetzung hinauslief, zu großen Irritationen, zumal zwei prominente linke Intellektuelle, Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger, in dasselbe Horn stießen wie der amerikanische Präsident. ²² Die beiden Deutschen nannten den irakischen Diktator einen „Wiedergänger Hitlers“. Damit stellten sie die Legitimität einer kriegsgegnerischen Grundeinstellung in Frage. Die Mehrheit der Deutschen ließ sich dadurch jedoch nicht von ihrem pazifistisch geprägten Kurs abbringen, der sich als Antwort auf die beiden Weltkriege allmählich, in einem sich über Jahrzehnte erstreckenden Wandlungsprozess, herausgebildet hatte.

Der Dritte Golfkrieg von 2003 wurde seitens der Regierung Bush jun. zunächst als militärische Antwort auf den terroristischen Angriff auf das World Trade Center am 11. September 2001 gerechtfertigt – obwohl das eine mit dem anderen nichts zu tun hatte. Später wurde, wie schon 1990/91, die grausame Diktatur des irakischen Präsidenten Saddam Hussein zur Begründung herangezogen. Präsident Bush führte im Gefolge des Irakkrieges die Begriffe „Schurkenstaat“ und „Achse des Bösen“ ein. Damit machte er einmal mehr seine dichotomische Weltsicht deutlich: Hier die Guten und die Willigen, dort die Bösen, die notfalls bekriegt werden mussten. Um die Gefährlichkeit von Saddam Hussein weltweit zu verdeutlichen, rückte die US-Propaganda erneut Saddam-Hitler-Vergleiche in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit. ²³ Schließlich operierte die US-Propaganda mit der Behauptung, Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen und sei daher eine Bedrohung für die ganze Welt. Auch diese Behauptung sollte sich später als Lüge zum Zwecke der (präventiven) Kriegführung entpuppen.

„Neue Normalität“ und „Gewachsene Verantwortung“: Die Camouflage der schleichenden Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik seit 1991

In den 90er Jahren konnte man in Deutschland eine interessante Beobachtung machen: Während die Bundeswehrführung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ihre neuen militärischen Aufgaben („*out of area*“) in Anlehnung an

21 Zit. nach John R. MacArthur, Schlacht der Lügen. Wie die USA den Golfkrieg verkauften, München 1993, S. 83.

22 Vgl. im Einzelnen Wette, Hitler des Orients?, a.a.O., S. 234-236.

23 Vgl. Wolfram Wette, Saddam Hussein als Wiedergänger Hitlers? In: Christine Schweitzer, Björn Aust und Peter Schlotter (Hg.), Demokratien im Krieg, Baden-Baden 2004, S. 109-126.

amerikanische Vorgaben entwickelte, bediente sie sich in ihren Werbetexten des Vokabulars der Friedensbewegung.²⁴ Manche sagen sogar, die Militärexperten von der Hardthöhe hätten die Begriffe der Friedensbewegung geklaut. Beispielsweise wurde in Anzeigen der Bundeswehr für zustimmungsfähige Aufgaben wie „Frieden sichern, Schützen, Helfen, Retten und Bewahren“ geworben. Dabei wurde das Aussprechen der naheliegenden Konsequenz konsequent vermieden, dass nämlich diese neuen Aufgaben auch Krieg, Töten und Sterben bedeuten können.²⁵ Diese camouflierende Sprachstrategie mag auch als ein indirekter Beleg für die bis dahin erreichten Veränderungen in der Mentalität der Gesamtgesellschaft angesehen werden.

Bereits der Krieg gegen Serbien-Montenegro im Jahre 1999 unter deutscher Beteiligung brachte den Beweis, dass die „Neue Normalität“ auch Kampfhandlungen einschließen konnte. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden deutsche Soldaten wieder jenseits der deutschen Grenzen in einem Kriegseinsatz verwendet.²⁶ Bevor die Möglichkeiten der zivilen Konfliktbearbeitung völlig ausgeschöpft waren,²⁷ führte die NATO unter Einschluss Deutschlands einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen das Serbien des Präsidenten Slobodan Milošević. 78 Tage lang bombardierten NATO-Flugzeuge, darunter auch deutsche, serbische Städte sowie Stellungen der serbischen Armee im Kosovo. Es gab viele Tote, meist Zivilisten, im zynischen Militärjargon als „Kollateralschäden“ verharmlost.

Die rot-grüne Bundesregierung, insbesondere Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Außenminister Joschka Fischer, machte sich damals für eine kriegेरische Intervention stark. Angesichts der gewaltsamen Vertreibung der Kosovo-Bevölkerung durch die Serben beschwor Fischer den folgenden Glaubenssatz: „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg, sondern auch: Nie wieder Auschwitz.“²⁸ Er benutzte diesen Vergleich, um die zögerliche deutsche Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines gewaltsamen Vorgehens gegen das Serbien Miloševićs zu überzeugen. Im Bundestag sahen sich die Abgeordneten aller Parteien einem erheblichen Druck ausgesetzt, der Regierungspolitik zu folgen. Die deutsche Bevölkerung protestierte diesmal nicht, sondern nahm diesen Krieg hin, weil das propagierte Argument des Menschenrechtsschutzes weithin überzeugte.²⁹

Mit der Beteiligung am Kosovokrieg war das, was Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) später als „Enttabuisierung des Militärischen“ bezeichnete, praktisch vollzogen.³⁰ Jetzt konnte Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) auch seine ebenso markante wie provozierende, argumentativ jedoch nie

24 Vgl. Wolfram Wette, Von neuer „militärischer Normalität“ und „gewachsener Verantwortung“ Deutschlands, in: Wolfgang R. Vogt (Hg.), Frieden als Zivilisationsprojekt – Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung. 25 Jahre AFK, Baden-Baden 1994, S. 277-285.

25 Vgl. im Einzelnen ebd.

26 Vgl. Wolfram Wette, Mentalitätswandel in Deutschland. Vom Militarismus zur zivilen Gesellschaft, in: Ralph-M. Luedtke und Peter Strutynski (Hg.), Neue Kriege in Sicht. Menschenrechte – Konfliktherde – Interessen, Kassel 2006, S. 43-57.

27 Vgl. Lothar Brock, Krieg ist weder gerecht noch ungerecht, in: „Frankfurter Rundschau“, 19.12.2005, S. 7.

28 Zit. nach Michael Schwelien, Joschka Fischer. Eine Karriere, Hamburg 2000, S. 99.

29 Anna Geis, Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen, HSFK-Standpunkte, Beiträge zum demokratischen Frieden, 2/2005, S. 6.

30 So der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Interview in: „Die Zeit“, 43/2001.

belegte Positionsbestimmung verkünden: Die Sicherheit der Bundesrepublik werde heute „auch am Hindukusch“ verteidigt, also potentiell überall in der Welt.³¹

Sprachstrategisch betrachtet, war die Entwicklung seit 1990 so professionell eingefädelt, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gar nicht merkte, welche grundlegenden Veränderungen sich vollzogen. An ein spätes Aufwachen mag man auch aus heutiger Sicht kaum glauben, zumal inzwischen von der Verschleierung des Krieges zu dessen direkter Legitimierung übergegangen wird. So wird der „Afghanistan-Einsatz“, auch wenn die Bundesregierung sich noch dagegen sträubt, zunehmend offen als „Krieg“ bezeichnet – so jedenfalls der frühere Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) im Sommer 2008. Und ein Leitartikler der „Süddeutschen Zeitung“ konnte im September 2008 über den Bundeswehreininsatz in Afghanistan schreiben: „Töten und getötet werden – der Krieg ist wieder nach Deutschland gekommen“, ohne damit eine Leserbriefwelle auszulösen.³² So „normal“ ist die Bundesrepublik inzwischen wieder geworden.

Bei alledem zeigt sich: Die Sprache der Militärs und Politiker gibt regelmäßig Aufschluss über deren Absichten. Nur wer sich in der Analyse von Sprachstrategien übt, vermag deshalb rechtzeitig zu erkennen, welchen Weg die Kriegsherren einzuschlagen gedenken. Wo beispielsweise ein bestimmter Politiker mit Hitler verglichen wird, wo von der „Achse des Bösen“ die Rede ist, oder vom „Kreuzzug gegen das Böse“, oder von der „Mutter aller Schlachten“, da ist der Wille zum Krieg vorhanden und die Entscheidung, ihn ins Werk zu setzen, in der Regel bereits gefallen.

Die Kenntnis historischer Verschleierungsmuster kann dafür sensibilisieren und die Wachsamkeit schärfen. Schon deshalb bleibt sie für jede Friedenspolitik unabdingbar.

31 So Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) in einer Pressekonferenz am 5.12.2002, als er neue „Verteidigungspolitische Richtlinien“ ankündigte.

32 Vgl. Matthias Dobrinski, Töten und getötet werden – der Krieg ist wieder nach Deutschland gekommen, in: „Süddeutsche Zeitung“, 2.9.2008.